Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich Mau in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 33.60, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 35.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 105.— mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsausträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postscheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Grundzeile (35m. Monje 14) oder deren Raum 4.— Mk., örtliche Anzeigen 3.50 Mk. Im Textteil (35m. Monje 14) 10.— Mk. die 3gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachlaß nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 3gespaltene Zeile 6.— Mk. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 181. **Sonnabend, den 5. August 1922** **76. Jahrgang.**

Deutschland bleibt fest.

Berlin, 3. August. (W.T.B.) Die Reichsregierung berichtet, wie die „Vossische Zeitung" hört, eine Antwortnote auf die Note des französischen Ministerpräsidenten vom 1. August vor, in der neuerlich eine Erklärung der deutschen Regierung bis zum 15. August, mittags 12 Uhr, verlangt wurde, daß Deutschland die monatliche Pauschalsumme von zwei Millionen Pfund Sterling im Ausgleichsverfahren zahlen werde und Zwangsmaßnahmen für den Fall ankündigt, daß diese Bereitwilligkeitserklärung ausbleiben sollte. Die deutsche Regierung wird im Einvernehmen mit sämtlichen Parteien des Reichstages dem französischen Ministerpräsidenten in demselben Sinne antworten wie am 26. Juli, daß die Aufbringung dieser Ausgleichsraten ihr unmöglich sei. Die deutsche Regierung wird sich aber gleichzeitig bereit erklären, Vorschläge der alliierten Mächte, die eine andere, Deutschland mögliche Art der Regelung der Ausgleichszahlungen zum Inhalt haben, in sorgfältige Erwägung zu ziehen. Die deutsche Note dürfte morgen nach Paris abgehen.

Bis hierher und nicht weiter.

Lloyd George hat kürzlich in einer Rede Deutschland der Gnade Gottes empfohlen. Im Hinblick darauf schreiben die „Hamburger Nachrichten":

Genug von dieser englischen Gnade Gottes, der Eitel könnte einen übermütigen. Wir brauchen keinen Mittler, wir bedürfen am allerwenigsten englischer Empfehlung vor dem himmlischen Thron, sondern nur ein wenig mehr eigener Energie. Hilf dir selbst, so hilft dir Gott, lautet ein altes Sprichwort, und Kaiser Wilhelm hat einen anderen, ähnlichen Spruch variiert, indem er einst sagte: Wer nur auf Gott vertraut und selbe um sich haut, der hat auf keinen Sand gebaut! Unser ganzes Unglück stammt daher, daß wir uns selbst zu früh der Gnade Gottes und seinen Stellvertretern auf Erden, Wilson und Lloyd George, anbefohlen haben, statt durchzuhalten und dann, wenn wir wirklich unter der Übermacht zusammenbrächen, den Kopf erst recht trotzig in den Nacken werfen und sagen: Holt euch, was ihr rauben wollt, kommt und besetzt unser Land, bis euch eines Tages das Leder wieder gegerbt wird, aber wir unterschreiben nichts, was zum Ausdruck bringen soll, daß ihr die Vollstrecker eines göttlichen Strafgerichts an uns, den „Verbrechern," seid!" Wir haben das eine getan. Wir haben uns zur Geduld ermahnt, wir haben auf Völkerversöhnung gebaut, wir haben protestiert und dann immer um Gnade gewinselt. Nun sagen uns die Franzosen, für überführte Verbrecher, die durch Unterschrift die eigene Schuld bestätigt haben, gebe es keine Gnade, und die Engländer halten die Hände über dem Bauch und erklären, wir könnten unsere Seelen Gott befehlen. Es ist richtig, daß der Ast, auf dem wir sitzen, verdorrt ist, und mehr noch als die fürchterliche Geldentwertung und Teuerung deutet ein anderer Umstand auf das Nahen der seit drei Jahren prophezeiten Krise, nämlich der, daß zurzeit die Industriewerke und die Banken bei uns Hals über Kopf die Neubauten einstellen. Der Anfang vom Ende ist da; alles, was die böse Rechte unseren Regierenden als Erfolg ihrer Politik schon längst vorhergesagt hat. Sollen wir da immer noch untätig bleiben oder gar den englischen Geistlichen mitsamt ihrem Lloyd George zur Seite auf die Knie fallen und die Gnade Gottes und seiner irdischen Regenten erflehen? Richtiger wäre es, den Feinden, diesen Mördern Deutschlands und Europas, ein: Gnade euch Gott zuzurufen und sie an die Geschichte Simsons zu erinnern, der sich auch seine Quäler unter den Trümmern des Tempels begrub. Einmal wenigstens sollten wir offen sein und der Entente erklären: entweder wird der ganze Versailler Vertrag umgeschrieben, und man weist uns wieder den polnischen Korridor, Oberschlesien, das deutsche Elsaß, Danzig und Memel usw., sowie unsere Rohstoffkolonien zu, damit wir wieder leben können, und verlangt von uns unter Verzicht auf jeden Tribut und jede Besetzung nur noch den Wiederaufbau des zerstörten Gebietes in Frankreich, — oder wir verweigern alles und sehen gleichmütig zu, wie jedes Dorf in ganz Deutschland französische Garnison erhält und binnen wenigen Jahren dann die Entente mit uns und an uns fällt. Die größte Gnade Gottes, die wir erfahren könnten, wäre es, daß er uns Staatsmänner schenkte, die ohne Rücksicht [illegible] und Wahlen diesen Mut zum: Bis hierher und [illegible] fänden.

Heraus zum Protest!

[illegible]n, 3. August. (W.T.B.) Die „München. Neueste [illegible] bringen an hervorragender Stelle einen Aufruf, in dem es heißt: Die Stunde ist gekommen, in der Frankreich zu allen schweren Wunden, die Deutschland schon zugefügt worden sind, die letzte tödliche schlagen will. Es glaubt, mit einem wehrlosen Volke leichtes Spiel zu haben. Doch könntet ihr es durchkreuzen, nicht mit Waffen, aber in einiger, geschlossener Abwehr durch Herz und Mund von 60 Millionen Deutschen. Heraus zum Protest landauf und landab. Stellt alles zurück, was an berechtigtem und unberechtigtem politischem Hader unter euch ist. Ihr seid alle eine Notgemeinschaft! Seid wieder einig, wie ihr es in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 wart. Frankreich soll sehen, daß seine brutalen Waffen einer eisernen Mauer gegenüberstehen. Der Mauer des eisernen Willens, der deutschen Nation zum Leben. Gebt diesen Willen kund, ruft ihn in die Welt, 60 Millionen mit einer Stimme!

Poincarés Reparationsplan.

Paris, 3. August. Petit Parisien berichtet über den französischen Reparationsplan, den Poincaré in der nächsten Woche in London entwickeln wolle. Obgleich das Blatt nichts Genaues weiß, sagt es, es sei vielleicht nicht möglich, ihn zu verkennen. Der Plan enthalte zwei Teile:

1) die endgültige Festsetzung der deutschen Schuld, die verknüpft werden soll mit der dauernden Regelung der interalliierten Schulden;

2) Kontrollmaßnahmen.

Die deutsche Schuld, wie sie am 5. Mai 1921 festgesetzt wurde, wird in zwei Teile geteilt. Der erste besteht aus dem Betrage der Obligationen, Serie A und B, und betrage mehr als 50 Milliarden Goldmark. Der zweite bestehe aus den Obligationen der Serie C und erreiche also 70 bis 80 Milliarden. Der erste Teil soll für unverändert erklärt werden. Im zweiten Teil sollen, je nachdem diese Maßnahmen durchgeführt werden, Beträge annulliert werden. Jedoch muß der ganze Betrag von 50-Milliarden für die Reparationsschäden verwendet werden. Die Mobilisierung soll erfolgen durch internationale Anleihe. Es soll gleich im ersten Stadium der Zahlungen festgelegt werden, daß Sachlieferungen nur beispielsweise 30 v. H. des Gesamtbetrages der Schulden ausmachen könnten.

Als Kontrollmaßnahmen seien vorgesehen eine Währungsreform, also eine Stabilisierung der deutschen Mark, und Kontrolle der Zolleinnahmen, damit diese direkt sofort dem Garantieausschuß übermittelt werden könnten, endlich des Kapitals, beispielsweise dadurch, daß 25. v. H. vom Kapital der deutschen Industriegesellschaften abgegeben würden. Das seien einige unter den Vorschlägen, die gestatten würden, mit Hilfe der verbündeten Regierungen eine Finanzvormundschaft über Deutschland aufzurichten und den Tag abzuwarten, wo Deutschland in der Lage sei, im Auslande selbst zu leihen, so daß diese an die Inhaber der deutschen Schuld übergeben würde.

Reparationsdebatte im englischen Unterhaus.

London, 3. August. (W. T. B.) Unterhaus. Die Reparationsdebatte im Unterhaus wurde vom Schatzkanzler Sir Robert Horne eröffnet. Er sagte: Deutschland könne eine beträchtliche Reparationssumme zahlen. Es werde selbst den Wunsch haben, eine vernünftige Reparationssumme zu zahlen, die seiner Leistungsfähigkeit entspreche, aber im Augenblick sei ein Zahlungsaufschub erforderlich. Am Schlusse seiner Rede wandte sich Horne der Frage der interalliierten Schulden zu und sagte, die gegenwärtige Annullierung der Schulden werde der erste Schritt sein zum Wiederaufbau der Welt. England könne aber in dieser Beziehung nicht allein vorgehen und nicht die Lage seiner Bürger vergessen.

Hierauf ergriff Asquith das Wort. Er sagte u. a., die Reparationssumme müßte auf ein notwendiges Maß herabgesetzt werden. Das Problem erfordere eine schnelle Regelung, anderenfalls werde Deutschland mit schnellen Schritten dem Bankrott entgegengehen.

Lloyd George sagte, er freue sich, daß Poincaré nach London komme, um seine Vorschläge der Regierung zu unterbreiten, und er vertraue darauf, daß das Parlament der Regierung gestatten werde, mit freien Händen in die Konferenz zu gehen und ihr Bestes zu tun, um zu einem Abkommen zu gelangen. **Wenn Deutschland zu hart bedrängt würde, würden die Alliierten möglicherweise nichts erhalten. Die Gefahr bestehe, daß Deutschland zur Verzweiflung getrieben werden könnte und sich dann in die Hände der Reaktionäre oder Kommunisten werfen würde,** aber es wäre ein Irrtum, wegen dieser Gefahr seine gerechten Ansprüche fahren zu lassen. Eine Unterschätzung von Deutschlands Zahlungsfähigkeit könne gefährliche Folgen haben. Wenn wir, sagte Lloyd George, am Montag auf der Konferenz sind, werden wir uns beide Erwägungen vor Augen halten. Man sollte allen Vorschlägen Widerstand leisten, die den Verfall Europas vermehren, ohne irgend etwas für England zu sichern. Er glaube nicht, daß die Frage auf der Konferenz am Montag geregelt werden könnte, es gebe zu viel Schwierigkeiten und Komplikationen. Man müsse fair sein gegen Deutschland, gerecht gegen Frankreich und auch gegen das eigene Volk.

Lloyd George über die Vermehrung der englischen Luftflotte.

London, 3. August. (Drahtb.) In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Lloyd George im Unterhaus: Auf Grund einer vom Reichsverteilungsausschusse vorgenommenen Untersuchung habe die Regierung beschlossen, einen vom Luftfahrtministerium vorgelegten Plan zu billigen, wonach eine Verteidigungsflotte von 500 Flugzeugen aufgestellt werden solle. Die Kosten würden zwei Millionen Lstr. betragen. Große Bestellungen würden zwecks Ausführung dieses Planes in diesem Jahre an private Firmen vergeben werden. Diese Beschlüsse würden einer späteren Vergrößerung der Luftstreitkräfte nicht vorgreifen, falls die nationale Sicherheit eine solche fordern sollte. Diese Frage werde nächstes Jahr im Lichte der Finanzlage und der Luftfahrtpolitik anderer Mächte geprüft werden. Wedgewood fragte: Ist diese riesige Erhöhung unserer Ausgaben für die Luftflotte auf die enorme Entwickelung des Flugdienstes in Frankreich zurückzuführen? Lloyd George erwiderte: Wir haben alle Umstände in Rechnung zu ziehen.

Bayerns Antwort an das Reich.

Berlin, 3. August. Der Brief des bayerischen Ministerpräsidenten an den Reichspräsidenten wurde, wie gestern gemeldet, durch den bayerischen Gesandten überreicht. In dem Briefe, der auf einen außerordentlich freundlichen Ton gestimmt ist, heißt es nach den einleitenden Worten:

Wenn das Schreiben vom 27. Juli 1922 den Standpunkt vertritt, daß die bayerische Verordnung der verfassungsmäßigen Grundlage entbehre, so vermag ich dem nicht beizupflichten. Ich muß mir an dieser Stelle verfassungsrechtliche Ausführungen versagen, um so mehr, als eine bloß formalrechtliche Entscheidung keine Lösung einer Frage bringen könnte, deren wesentliche Bedeutung auf politischem Gebiet liegt.

Die Verordnung ist eine Abwehrmaßnahme, zu der die Bayerische Regierung als die verantwortliche Hüterin der verfassungsmäßigen Ordnung innerhalb ihres Gebietes durch die klare Erkenntnis eines staatlichen Notstandes gezwungen worden ist.

In der Tat sind trotz ihrer Vorstellungen und Warnungen wichtige bundesstaatliche Hoheitsrechte durch die neuen Gesetze beeinträchtigt worden. Diese Notlage ergibt sich aber auch aus der tiefgehenden Erregung weitester, von treuer deutscher Gesinnung erfüllter Kreise des bayerischen Volkes über den Vollzug dieser Gesetze, einer Erregung, die fortgesetzt in zahlreichen Kundgebungen von Angehörigen aller Schichten und aus allen bayerischen Gebieten in Süd und Nord wie aus der Pfalz Ausdruck findet. Sollte die Verordnung, sei es schlechthin beseitigt, sei es durch eine unbefriedigende, den Keim neuer Verwicklungen bergende Regelung ersetzt werden, so würde in ganz Bayern ein Zustand der Beunruhigung eintreten, für den die Bayerische Regierung auch vom Standpunkte des Reichswohles die Verantwortung nicht übernehmen könnte.

Vielmehr erfordert es der Ernst dieser Lage vom Standpunkt der politischen Betrachtung, daß eine Rechtslage geschaffen wird, die auch unseren Staatsnotwendigkeiten entspricht. Hierzu die Hand zu bieten, ist die bayerische Regierung jederzeit bereit; sie hat den dringenden Wunsch, über die Beilegung des jetzigen Falles hinaus die Wurzel künftiger Konflikte zu beseitigen und damit den Beziehungen zwischen Reich und Ländern dauernd zu dienen.

Die Stimmung des bayerischen Volkes wird hauptsächlich von der Besorgnis geleitet, die Weimarer Verfassung könnte so ausgelegt werden, als ermögliche sie die schrittweise Beseitigung der Hoheitsrechte, ja der Staatlichkeit der Länder. Sie haben, sehr verehrter Herr Reichspräsident, sowohl bei Ihrem letzten Aufenthalt in München, wie auch in Ihrem Schreiben den Entschluß, die Staatlichkeit der Länder zu schützen, klar ausgesprochen. Das bayerische Volk erkennt dies mit Befriedigung an und vertraut, daß sich mit Ihrer tatkräftigen Hilfe ein Weg finden möge, um eine entsprechende Sicherheit für die Zukunft zu erhalten.